

SATZUNG

über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen

§ 1 Sachlicher Geltungsbereich

Aufgrund der §§ 16 bis 19 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg (StrG) vom 11.5.1992 (Gesetzblatt Seite 329) in Verbindung mit § 4 Gemeindordnung Baden-Württemberg in der geltenden Fassung in Verbindung mit den §§ 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes in der geltenden Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Leutenbach am 21.11.2002 folgende Satzung beschlossen:

Diese Satzung gilt für Gemeindestraßen sowie für Ortsdurchfahrten von Landes- und Kreisstraßen, soweit die Gemeinde Baulastträger ist.

§ 2 Erlaubnisbedürftige Sondernutzungen

1. Die Benutzung der öffentlichen Verkehrsflächen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf der Erlaubnis, wenn sie geeignet ist, die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs zu beeinträchtigen.
2. Dies gilt nicht, wenn eine solche Benutzung einer Ausnahmegenehmigung oder Erlaubnis nach den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung bedarf oder wenn die Benutzung einer Anlage dient für die eine Baugenehmigung erforderlich ist.
3. Die Erlaubnis darf nur auf Zeit oder Widerruf erteilt werden.
4. Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis sind mit Angaben über Art und Dauer der Sondernutzung bei der Gemeinde zu stellen. Die Gemeinde kann dazu Erläuterung durch Zeichnungen, textliche Beschreibungen oder in sonst geeigneter Form verlangen.

§ 3 Sondernutzungsgebühren

1. Für die Sondernutzung an den in § 1 bezeichneten Straßen werden Gebühren nach dieser Satzung und im Gebührenverzeichnis (als Anlage Bestandteil dieser Satzung) erhoben. Dies gilt auch in den Fällen des § 2 Abs. 2.
2. Die Gebühren unter 5 EUR im Einzelfall werden nicht erhoben.

3. Sondernutzungsgebühren werden nicht erhoben:

- a) für Plakattafeln, wenn sie aus Anlass von allgemeinen Wahlen oder politischen Veranstaltungen aufgestellt werden
- b) für Informationsstände politischer Parteien und caritativen und gemeinnützigen Organisationen
- c) in sonstigen Fällen, wenn die Sondernutzung im öffentlichen Interesse liegt, sie einen gemeinnützigen Zwecke dient oder wenn die Gebührensatzung nach Lage der Verhältnisse offensichtlich unbillig wäre. Eine Sondernutzungsgebühr wird ferner nicht erhoben, wenn sich die Einräumung von besonderen Nutzungsrechten an öffentlichen Verkehrsflächen gemäß § 21, Abs. 1 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg nach bürgerlichem Recht richtet.

§ 4

Gebührenbemessung

1. Die Gebühren werden bei Sondernutzungen, die für ein Jahr und länger bewilligt werden, in Jahresbeträgen, im übrigen in Monats- und Tagesbeträgen sowie als einmalige Beiträge festgesetzt. Die Gebühr ist nach dem zeitlich günstigsten Rahmen zugunsten des Gebührenschuldners zu errechnen.
2. Bei Sondernutzungen, die für ein Jahr und länger bewilligt werden und im Laufe eines Rechnungsjahres beginnen oder enden, ist für jeden angefangenen Monat ein Zwölftel der Jahresgebühr zu entrichten. Entsprechendes gilt, wenn nur ein Jahres- oder Monatsgebührenrahmen gegeben ist und die Nutzung nur für Monate oder Tage ausgeübt wird.
3. Bei der Festsetzung nach Rahmensatzes sind Art und Ausmaß der durch die Sondernutzung bedingten Einwirkung auf die öffentliche Verkehrsfläche und den Gemeingebrauch sowie das wirtschaftliche Interesse und wirtschaftlichen Verhältnisse des durch die Sondernutzung Begünstigten zu berücksichtigen. Maßgebend sind die Verhältnisse im Zeitpunkt der Entstehung der Gebührenschuld (§ 8 Abs. 1). Innerhalb der Rahmensätze wird im Regelfall die Mittelgebühr erhoben.
4. Die Entscheidung über eine festgesetzte Sondernutzungsgebühr kann geändert werden, wenn sich die im Einzelfall maßgebendem Verhältnisse wesentlich geändert haben.

§ 5

Gebührensschuldner

1. Gebührensschuldner ist
 - a) der Antragsteller
 - b) der Sondernutzungsberechtigte
 - c) wer die Gebührenschuld durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder für die Gebührenschuld kraft Gesetz haftet oder
 - d) wer die Sondernutzung tatsächlich ausübt oder in seinem Interesse ausüben lässt.
2. Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 6

Entstehung und Fälligkeit der Gebühren

1. Die Gebührenschuld entsteht mit der Erteilung der Sondernutzungserlaubnis oder der Genehmigung oder Erlaubnis nach § 2 Abs. 2. Wird eine Sondernutzung ohne Erlaubnis oder Genehmigung ausgeübt, entsteht die Gebührenschuld mit der Ausübung.
2. Die Sondernutzungsgebühr wird einen Monat nach Zustellung des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig.
3. Wiederkehrende Monatsbeträge werden jeweils am Beginn eines jeden Kalendermonats und wiederkehrende Jahresbeträge jeweils am Beginn eines jeden Kalenderjahres ohne weitere Bekanntgabe zur Zahlung fällig.

§ 7

Gebührenerstattung

1. Wird eine Sondernutzung vor Ablauf des der Gebührenbemessung zugrunde liegenden Zeitraums beendet, die Erlaubnis oder die Genehmigung widerrufen, so werden die im voraus entrichteten Gebühren anteilig erstattet, wenn dies innerhalb eines Monats nach Beendigung der Sondernutzung beantragt wird:
2. Einmalige und nach Tagen bemessenden Gebühren werden nur erstattet, wenn die Sondernutzung nachweislich nicht in Anspruch genommen bzw. begonnen worden ist.
3. Beträge unter 5 EUR werden nicht erstattet.

§ 8

Unerlaubte Sondernutzungen

1. Durch die Entrichtung von Gebühren für eine unerlaubte Sondernutzung entsteht kein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis, einer Ausnahmegenehmigung, Erlaubnis oder Baugenehmigung.
2. Die Verpflichtung zur Gebührentrichtung für eine unerlaubte Sondernutzung wird durch ein in derselben Angelegenheit durchgeführtes Bußgeldverfahren nicht berührt.

§ 9

Anwendung des Kommunalabgabengesetzes

Soweit durch gesetzliche Vorschriften oder diese Satzung nicht anderes bestimmt ist, sind auf Sondernutzungsgebühren die nach dem Kommunalabgabengesetz für Benützungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

§ 10
Bestehende Sondernutzungsrechte

Soweit die bei Inkrafttreten dieser Satzung bestehenden Rechte und Befugnisse zur Benutzung von Straßen über den Gemeingebrauch hinaus nach § 57 Abs. 1 bis 3 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg als Sondernutzung gelten, werden Gebühren nach diesen Bestimmungen erhoben.

§ 11
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2003 in Kraft.

Anlage zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen

Gebührenverzeichnis (GV)

Nr.	Gegenstand, Art der Sondernutzung		Gebühr in EUR
I. Lagerungen und Baustelleinrichtungen			
1.	Bauwagen oder Baubuden, Gerüste, Baustofflagerungen, Baumaschinen, Container und Baugeräte einschließlich Hilfseinrichtungen	je qm	tägl. 0,10 - 0,30 monatl. 0,65 - 1,85
2.	Sonstiges Lagern oder Abstellen von Gegenständen aller Art auf öffentlichem Verkehrsraum, das mehr als einen Tag dauert	je qm	tägl. 0,10 - 0,30 monatl. 0,65 - 1,85
3.	Abstellen von Fahrzeugen zu gewerbliche Zwecken		tägl. 3,10 - 12,50
II. Anbieten von Waren und Leistungen			
1.	Warenauslagen, Aufstellen und Auslage von Gegenständen	je angef. qm	monatl. 1,25 - 12,50 jährl. 6,25 - 62,50
2.	Verkaufsstände, Imbissstände, Kioske u.a.	je angef. qm	tägl. 1,85 - 6,25 monatl. 6,25 - 62,50 jährl. 12,50 - 312,50
3.	Automaten und Schaukästen (Automaten, die lediglich in den Luftraum der Straße hineinragen sind gebührenfrei)		einmalig 12,50 - 125,00
4.	Aufstellen von Tischen und Sitzgelegenheiten für Gaststätten, Cafes, Eisdielen, Imbissstände, Verkaufsstände, Kioske und ähnliches	je qm	jährl. 6,25 - 31,25

	III. Werbung		
1.	Plakate, Tafeln, Schilder usw. a) die nicht bauliche Anlagen sind , je angefangener qm Ansichtsfläche oder je Werbeträger b) aus Anlass von Wahlen oder politischen Veranstaltungen Werbeanlagen (unbeweglich und dauerhaft)	je angef. qm	6,25 - 62,50 gebührenfrei jährl. 6,25 - 62,50
	IV. Überbauungen und dergleichen		
1.	Markisen (bewegliche Markisen sind gebührenfrei)		
2.	Vordächer, Erker, Balkone, Lichtschächte und dergleichen		einmalig 31,25 - 62,50
	V. Feld- und Waldwegbenutzung		
1.	Befahren von Feld- und Waldwegen zu nicht land- und forstwirtschaftlichen Zwecken		tägl. 0,65 - 12,50 monatl. 0,65 - 62,50 jährl. 12,50 - 625,00
	VI. Sonstige Sondernutzungen		
			tägl. 0,65 - 18,75 monatl. 0,65 - 62,50 jährl. 62,50 - 312,50 einmalig 0,65 - 1250,00